



GERECHTE STEUERN UND NACHHALTIGE FINANZEN FÜR ALLE STATT STEUERGESCHENKE FÜR DIE REICHSTEN

Steuern sind kein Selbstzweck: Der Staat finanziert damit Leistungen, von denen wir alle profitieren: Züge fahren, Strassen werden gebaut, Kinder gehen zur Schule, ältere oder kranke Menschen werden gepflegt.

Die Frage ist, wer wieviel dazu beiträgt. Das ist in den letzten Jahren in Schieflage geraten. Seit Jahren werden die Reichsten steuerlich entlastet, während die breite Bevölkerung stärker zur Kasse gebeten wird. Begründet wird die steuerliche Entlastung von Superreichen und Grosskonzernen damit, dass sie bei hohen Steuern abwandern würden. Das nimmt uns alle in Geiselnhaft und ist obendrein falsch. Der Kanton Zürich hat z.B. mit seiner erstklassigen Infrastruktur oder dem Bildungs- und Kulturangebot auf Weltklasse-Niveau viel mehr zu bieten als einfach nur tiefe Steuern.

Der ruinöse Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen und den Gemeinden führt aber dazu, dass genau für diese Leistungen weniger Geld zur Verfügung steht: Wenn alle ihre Steuern senken, um Unternehmen und Gutverdienende anzulocken, fehlt das Geld am Schluss überall. Die Folge sind unüberlegte Abbau-massnahmen im Jahrestakt: Im Eiltempo wurde ein Schiffsfünfliber eingeführt und nach massivem Druck wieder abgeschafft, der geplante Pfusch am Verkehrsfonds musste von der Bevölkerung an der Urne korrigiert werden, Lehrateliers wurden geschlossen und Freifächer gestrichen, Kosten auf Gemeinden abgewälzt und Gebühren erhöht. Die Zeche dafür bezahlen schlussendlich all jene mit tiefen und mittleren Einkommen, die auf diese staatlichen Leistungen angewiesen sind.

Die Steuergeschenke für Reiche und Superreiche der letzten 20 Jahre summieren sich mittlerweile auf mindestens 1.2 Milliarden Franken – und zwar pro Jahr. So wurde z.B. die Kapitalsteuer halbiert, die Einkünfte aus der Grundstückgewinnsteuer reduziert und die Erbschafts- und Handänderungssteuer auf Immobilienverkäufe gleich ganz abgeschafft. Wer davon profitiert, ist klar: Finanzierungsgesellschaften, Millionenerben, und Immobilienbesitzende.

Wofür wir uns einsetzen

Die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen muss gerecht und solidarisch verteilt werden: Wer mehr hat, soll mehr zu jenen Leistungen beitragen, von denen wir alle profitieren und die aus unserem Alltag nicht wegzudenken sind. Dieser in der Verfassung festgeschriebene Grundsatz muss endlich wieder gelten! Ausserdem soll sich die Steuerhöhe an den langfristigen Bedürfnissen der breiten Bevölkerung orientieren – und nicht etwa an vermeintlichen kurzfristigen «Gewinnen» im Steuerwettbewerb. Mit den folgenden Forderungen bringen wir den Kanton Zürich zurück zu einer nachhaltigen und vernünftigen Steuer- und Finanzpolitik.

Keine Steuergeschenke für Reiche und Unternehmen: Das wuchtige Nein zur Unternehmenssteuerreform III hat gezeigt: Auch im Kanton Zürich wollen wir keine Steuergeschenke für einige wenige, denn dafür bezahlen muss immer die breite Bevölkerung. Die Neuauflage der USR III (SV17 genannt) muss sich daran messen: Die möglichen Steuerausfälle sollen von denen kompensiert werden, die von Steuerprivilegien profitiert haben – die grossen Unternehmen und Grossaktionäre. Auf jeden Fall darf Zürich nicht mitmachen beim Steuerwettbewerb, der nur eine Richtung kennt: nach unten.

Kapitaleinkommen wieder stärker besteuern, Löhne entlasten: Während der Grossteil der Bevölkerung für ihr Einkommen arbeiten muss, wird das reichste Prozent allein durch Zinsen und Dividenden immer reicher. Diese Kapitaleinkommen wurden in den vergangenen Jahrzehnten steuerlich immer weiter entlastet. Heute werden Dividenden im Kanton Zürich z.B. massiv tiefer besteuert als Löhne und Renten. Richtig wäre das Gegenteil: Kapitaleinkommen sollen wieder stärker besteuert, tiefe und mittlere Einkommen dafür entlastet werden.

Tiefe und mittlere Einkommen entlasten: Die stetig steigenden Krankenkassenprämien, Gebühren und Abgaben belasten Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen besonders stark. Dennoch kamen die Steuersenkungen der letzten Jahre in erster Linie den hohen und höchsten Einkommen zu Gute. Deshalb ist es höchste Zeit für eine steuerpolitische Wende, die tiefe und mittlere Einkommen entlastet. Insbesondere das Existenzminimum muss von Steuern befreit werden. Genau das fordern wir mit der Entlastungs-Initiative. Anders als die Jungfreisinnigen mit ihrer unsinnigen Mittelstands-Initiative wollen wir damit jedoch kein gigantisches Loch in die Kasse reissen, das unweigerlich zur nächsten Abbau-Runde führen würde. Stattdessen sollen steuerbare Einkommen über 100'000 Franken wieder stärker besteuert werden.

Keine unsolidarischen Gebühren: Die Bundesverfassung hält fest: Jeder und jede trägt entsprechend seiner respektive ihrer Möglichkeiten zum Staatshaushalt bei. Gebühren und Abgaben laufen diesem Prinzip aber zuwider, denn sie sind für alle gleich hoch. Die höchste Gebühr, die Kosten für Kinderbetreuung, wird zudem nur ungenügend abgedeckt, sind doch in vielen Gemeinden die Subventionen viel zu gering. Deshalb muss der Kanton konsequent auf die Einführung neuer Gebühren verzichten und darf die bestehenden keinesfalls erhöhen.

Hohe Erbschaften wieder anständig besteuern: 63 Milliarden Franken wurden in der Schweiz allein 2015 vererbt, das Meiste davon steuerfrei. Und die Tendenz zeigt steil nach oben: 1995 war es erst halb so viel. Dass jedes Jahr dutzende Milliarden steuerfrei vererbt werden, während Herr und Frau Schweizer ihren Lohn und ihre Rente ordentlich versteuern, ist untragbar. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Millionenerbschaften wieder angemessen besteuert werden.

Faire Vermögensbesteuerung: CVP, FDP und SVP fordern im Kantonsrat eine Halbierung der Vermögenssteuern. Davon würden einmal mehr die Reichsten profitieren. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung, die kaum oder gar kein Vermögen besitzt, würde dafür einmal mehr zur Kasse gebeten. Denn dieses Steuergeschenk an die Superreichen würde einen dreistelligen Millionenbetrag kosten. Dagegen werden wir uns mit aller Kraft zur Wehr setzen!

Den ruinösen Steuerwettbewerb einschränken: Länder, Kantone und Gemeinden liefern sich heute im Steuerwettbewerb einen regelrechten Abwärts-Wettlauf. Senkt der eine seine Steuern, unterbietet ihn der nächste sofort wieder. Davon profitiert ausser ein paar Grosskonzernen und Superreichen niemand. Im Gegenteil: Die breite Bevölkerung bezahlt am Ende immer die Zeche dafür – entweder werden ihr Leistungen gestrichen oder die Steuern in den Gemeinden erhöht. Deshalb braucht es eine Steuerharmonisierung auf allen Ebenen. Der Kanton Zürich soll hier mit gutem Beispiel vorangehen. Dazu gehören insbesondere der Ausstieg aus dem Abwärts-Wettlauf bei den Unternehmenssteuern und der Verzicht auf neue Steuer-schlupflöcher für Grosskonzerne und Superreiche. Auch auf Ebene der Gemeinden besteht Handlungsbedarf. Hier könnte z.B. eine Steuerfussbandbreite zumindest die krassesten Ausreisser verhindern.

Ein fairer Soziallastenausgleich: Nicht nur bei den Steuern liefern sich die Gemeinden einen Abwärts-Wettlauf. Indem sie ihre Sozialleistungen immer weiter senken, versuchen gewisse Gemeinden, Menschen zu vertreiben, die auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Neben den Direktbetroffenen leiden darunter auch jene Gemeinden – und insbesondere die Städte – die sich diesem asozialen Abwärts-Wettlauf nicht anschliessen: Ihre Sozialausgaben wachsen entsprechend. Deshalb braucht es dringend einen fairen Soziallastenausgleich, der dafür sorgt, dass nicht nur der unmenschliche Abwärts-Wettlauf bei den Sozialleistungen aufhört, sondern jene Gemeinden finanziell unterstützt werden, die ihre Verantwortung wahrnehmen und z.B. im Bereich der (Arbeits-)Integration gute Arbeit leisten.

Steuerhinterziehung konsequent verfolgen: Allein 2017 wurden im Kanton Zürich undeklarierte Vermögen in der Höhe von 1.33 Milliarden Franken aufgedeckt. Das ist nur die Spitze des Eisbergs. Die Erfahrung zeigt: Jede*r zusätzliche*r Steuerkommissär*in holt ein Vielfaches an hinterzogenen Steuern zurück, als er*sie mit seinem*ihrem Lohn kostet. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt, sondern Betrug an den ehrlichen Steuerzahlenden. Deshalb braucht es dringend mehr Personalressourcen und die nötigen Instrumente für die Bekämpfung von Steuerkriminalität.

Private Geldschöpfung mit Kryptogeldern regulieren. Wir kämpfen seit Jahrzehnten für einen sauberen Finanzplatz bzw. gegen Steuerhinterziehung. Es geht dabei immer um Transparenz und Öffentlichkeit. Deshalb braucht es auch eine wirksame, einschränkende Regulierung von Kryptogeldern.

Nachhaltige Investitionspolitik: Anstalten des Kantons oder Unternehmen unter mehrheitlicher Kontrolle des Kantons – z.B. die Zürcher Kantonalbank – sollen ihre Investitionen nachhaltig und sozialverträglich auswählen. Ethisch und ökologisch fragwürdige Projekte wie die Spekulation mit Nahrungsmitteln oder die Herstellung von Kriegsmaterial gehören nicht ins Portfolio von Unternehmen, bei denen der Kanton mitreden kann.